

Der Sozialdemokrat

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N^o 41.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Briefregeln abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekanntesten Postadressen, in zweifelhafte Fällen eingeschrieben.

6. Oktober 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

An unsere Leser.

Wie in Nr. 39 mitgeteilt, erscheint vom Anfang Oktober d. J. an unser Blatt unter der veränderten Adresse unseres Verlages:

German Cooperative Publishing Comp.

Nr. 114, Kentish Town Road Nr. 114

in
London N. W.

Inbegriffen ist unter dieser Firma das gesammte seitherige Verlags- und Kommissionsgeschäft der Volksbuchhandlung in Höttingen Zürich, dessen Vertrieb für die Schweiz unser Genosse E. Conzett als

Filiale der „Arbeiterstimme“ in Zürich

übernommen hat und unsere Schweizer Abonnenten so promptest versorgen wird.

Der Preis des Blattes bleibt sonach für die Schweiz, an obiger Stelle bezogen, wie bisher per Post-Kreuzband **Fr. 2.** — per Vierteljahr, **baar vorauszahlbar.**

Ebenso erfolgen alle Schriftenlieferungen daselbst **nur gegen Baarvorauszahlung.**

Alle außerschwizerischen Bestellungen sind fernerhin nur an unsere Londoner **Geschäfts-Adresse** und diejenigen **Postadressen** zu richten, mit welchen wir, wenn nötig, unsere Freunde versehen werden.

Weitere **Veränderungen** im seitherigen Haupt-Geschäftsverkehr finden nicht statt.

Für direkten Bezug ist alles Nähere am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Außerhalb Deutschlands und Oesterreichs bediene man sich der Londoner Verlagsadresse.

Diese, sowie alle Postadressen bitten wir nur in lateinischer und stets deutlich zu schreiben, namentlich die Hausnummer **genau** anzugeben.

Tauschblätter sende man von jetzt ab an die vorerwähnte Adresse.

Für Redaktion und Expedition Bestimmtes ist stets auf getrennte Blätter zu schreiben.

Jederlei Privatinschriften sind unbedingt **doppelt** zu kopieren, ob sie unter unserer Geschäfts- oder unter Post-Adresse gehen.

Neues **Schriften-Verzeichniß** ist in Vorbereitung.

Der Vertrieb des „Sozialdemokrat“ erleidet durch die Ueberfiedlung hierher keinerlei Störung; wir rechnen auf energische Weiterverbreitung des Blattes und unserer Literatur und werden das Vertrauen und die Hilfe unserer Genossen in jeder Hinsicht zu erwidern wissen.

Der Freiheit und Verfolgungswuth unserer Feinde stellen wir auch ferner den Muth und die Unbeugsamkeit entgegen, die wir aus dem Bewußtsein schöpfen, für eine weltbewegend gerechte und große Sache den Vorpostendienst einer opfermuthigen, überzeugten und gewaltigen Kämpferschaar versehen zu dürfen.

Unsere Freunde und Feinde sollen sich also in uns nicht täuschen.

London, Ende September 1888.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Ein Kapitel zur Zeitgeschichte.

Während die „Judiskretionen von jenseits des Grabes“, deren sich Friedrich III. staatsverbrecherischer Weise schuldig gemacht — denn es unterliegt für jeden Urtheilsfähigen gar keinem Zweifel, daß die jetzt erfolgte Veröffentlichung von Auszügen aus des liberalen Kronprinzen Tagebuch durchaus dessen Wünschen und Absichten entspricht — während, sagen wir, diese Ausplaudereien die gesammte sogenannte politische Welt Deutschlands verrückt gemacht haben, die Einen vor Wonne, die Andern vor Wuth, ist eine Nachricht ziemlich unbeachtet geblieben, die für die lebende Generation in Deutschland von mindestens ebenso großem Interesse ist als jene. Wir wollen nicht leugnen, daß es sehr interessant und lehrreich ist, zu erfahren, wie die „gefeierten Gründer des deutschen Reiches“ zu dieser Gründung geradezu getrieben werden mußten, der Eine, weil sein verbobenes Preußenthum sich dagegen sträubte, der Andere, weil seine reaktionäre Denkwiese ihn nur die Großen als der Verächterung werthe Faktoren erscheinen ließ, während das Volk nur gleichgültig werden mußte, je nach dem Zweck, zu dem man seine Mitwirkung gerade braucht. Wir gehören ja in keiner Weise zu den Verehrern dieser Gründung, die von unsern Vorkämpfern seinerzeit erhobenen Proteste gegen

die monarchistisch-reaktionäre Gestaltung des geeinigten Deutschland haben sich seitdem in jeder Weise gerechtfertigt erwiesen, aber unsere Partei war um jene Zeit in der verschwindenden Minderheit, die große Masse des deutschen Volkes forderte die Einheit um jeden Preis, und für die Volksmasse ist es denn auch sehr nützlich, zu erfahren, wie widerwillig, nur nach langem Feilschen um das geringste Hoheitstitelchen, ihm das zugestanden wurde, für das sie damals ihr Blut und Leben opferte, und für das später die Gründer wider Willen alle Ehren in Anspruch nahmen. Das und noch vieles Andere im Tagebuch Ausplauderte ist sehr lehrreich zu lesen, und Bismarck hat ganz Recht, wenn er, dem es, sobald es gegen einen persönlichen Gegner geht, auf tausend Judiskretionen nicht ankommt, jetzt gegen die Verüber dieser Polizei und Staatsanwalt in Anspruch nimmt. Uns freut sein Vorgehen um so mehr, weil in der demselben zu Grunde gelegten, und von Wilhelm II. anerkannten Behauptung, daß die Veröffentlichungen des Tagebuchs den Bestand des deutschen Reiches gefährden, das Geständniß liegt, daß in den Augen der „Feinde des Reiches“ dasselbe auch heute noch nicht auf des deutschen Volkes freien Willen, sondern auf der Gnade eines halben oder gar Viertel-Duzend Potentaten gegründet ist.

Wie gesagt, das alles ist sehr nützlich zu erfahren, und wir werden nicht verfehlen, die Dinge, die der verbesserte und vermehrte Armin-Prozess ans Licht bringen wird, gebührend zu beleuchten, und es uns ganz besonders zur Aufgabe machen, die Staatsmannskunst ins rechte Licht zu stellen, die erst aus persönlichen Interessen Schwierigkeiten schafft, um dann die Kosten der Bekämpfung dieser Schwierigkeiten dem Volk aufzuhalsen, aber im Großen und Ganzen liegen doch die Dinge, um die es sich in den Enthüllungen des „Kronprinzen“ handelt, verhältnismäßig weit zurück, und behandeln nur die Eine Seite der Reichs-Gründungs- und Gründer-Geschichte, die politische, aber die andere, die finanzielle, fordert ihre Rechte, das Volk muß nicht nur wissen, wie man auf seine Kosten diplomatische „Erfolge“ einheimst, sondern auch, wie man auf seine Kosten Millionen und Aber-Millions in die Taschen streicht, wie frohd nicht nur mit seinem Blut, sondern auch mit seinem Wohlstand gespielt wird.

Wer die Gegenwart richtig verstehen will, der muß nicht nur den politischen Theil, der muß vor allen Dingen den Börjenthail der Zeitungen studiren. Da stößt er auf Thatsachen, die ihm erst den Schlüssel geben zu den Vorgängen, die sich am politischen Himmel vollziehen. In Geldsachen hört nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern oft auch die Verschwiegenheit auf. Wenn der Fürst K. von H. nicht gern Aufhebens davon macht, daß er ein eifriger Besucher des höheren Bordells der Frau B. ist, so hat Frau B. dagegen alle Ursache, die Thatsache, daß der besagte Fürst ihr Kunde sei, recht bekannt zu machen, denn das hebt ihren Geschäftsruf, und wenn der Minister A. — oder sagen wir lieber B. — nicht gern davon sprechen hört, daß er der stille Theilnehmer des Banquier b., so hört dieser um so lieber davon reden. Seinem Ruf kann es ja nichts schaden, wohl aber nützt es seinem Kredit. Wer einen so hohen „Freund“ hat, wie Fürst K., dessen „Waare“ kann nicht schlecht sein, denkt der Trost der Lebemänner, und wer mit einem B. Geschäfte macht, dessen Informationen können nicht schlecht sein, denkt die Geschäftswelt. So spekuliren dann K. und Banquier b. Und sie spekuliren richtig, ihr Plaudern macht sie reich und schadet ihren hohen Kunden nicht. Wer wird es einem Fürst verargen, daß er zuweilen zu den Töchtern des Volkes hinabsteigt? Und wer darf es wagen, dem großen B. einen Vorwurf daraus zu machen, daß für das kleine b. Reden nicht Silber, sondern Gold ist.

Dies vorausgeschickt höre man, was neulich im Börjenthail des „Neuen Wiener Tageblatt“ zu lesen war:

„Bankier Bleichröder's Metamorphose. Das erste Bankhaus des Berliner Platzes ist der Gegenstand von Gerüchten geworden. Herr Gerson von Bleichröder, respectivo dessen Bankgeschäft, soll in eine Bank umgewandelt werden, so lautet das eine, jedoch in Abrede gestellte Gerücht; die Firma Bleichröder soll in der Diskonto-Kommandit-Gesellschaft ausgehen, besagt die zweite, in den Kreisen der hiesigen hohen Finanz verbreitete beglaubigte Version. In Berlin spricht man von einer bevorstehenden Kapitalvermehrung der Diskonto-Gesellschaft, während gleichzeitig Diskonto-Kommandit-Anteile rapid in die Höhe gehen. Die Kapitalvermehrung soll eben zum Zweck der Aufnahme der Firma Bleichröder ins Werk gesetzt werden; sie soll dazu dienen, Herrn von Bleichröder für die Ueberlassung seiner Geschäfte an die Kommandit-Gesellschaft zu entschädigen. Herr von Bleichröder hat gerade in der letzten Zeit mit großem Glücke operirt und Eingewehlte taxiren seinen Vermögenszuwachs seit Beginn des Vorjahres auf 25 bis 30 Millionen Mark und sein Totalvermögen auf rund 100 Millionen Mark. Was veranlaßt den Kühnen und trotz seines geschwächten Augenlichts (scharfblickenden Spekulanten, inmitten seiner großen finanziellen Erfolge seine Selbstständigkeit aufzugeben oder gar vom Schauplatz zu verschwinden? Herr von Bleichröder ist ein Schätzig; er besitzt wohl drei Söhne, allein keiner von ihnen scheint am Reiter des Waters besonderes Gefallen zu finden. Das dürfte für Bleichröder senior ein Motiv seines geplanten Rückzuges bilden. Er mag jedoch noch einen zweiten gewichtigeren Grund für seinen Plan besitzen, der seine intimen Beziehungen zum Fürsten Bismarck betrifft. Der Reichskanzler wird alt und sein Bankier Bleichröder mit ihm. Infolange Fürst Bismarck aktiv bleibt, behält auch Herr von Bleichröder seine werthvolle Beziehung zu ihm. Fürst Bismarck kann nach menschlicher Voraussicht auch nur noch eine begrenzte Zeit am Ruder bleiben, und

so bald er einmal abgetreten, dann wird die Verbindung des Finanziers mit dem großen Staatsmanne hinfällig. Zur Zeit jedoch hat diese Verbindung für Herrn von Bleichröder einen sehr realen Werth und wenn die Geschäfte seines Hauses heute in die Hände der Diskonto-Gesellschaft übergehen, so übergehen damit auch die Vortheile aus der Verbindung mit dem Fürsten Bismarck auf die Bank. Wenn schon die Diskonto-Gesellschaft Herrn Gerson von Bleichröder für die Ueberlassung seiner Geschäfte fünfzehnhundert Millionen zahlt, so werden mit dem Kaufschilling nicht bloß die ansehnliche Bleichröder'sche Klientel, sondern, und nicht bloß die Beteiligung der Bleichröder'schen Geschäftskonturrenz, sondern, und zwar in erster Reihe, die Vortheile kompensirt (ausgeglichen), welche dem Institute aus der intimen Verbindung Bleichröder's mit dem Reichskanzler erwachsen.“

Man kann nicht deutlicher reden, als es hier der Börjensmann des liberalisirenden Spießbürgerorgans thut. Nicht etwa, um die Verbindung des Fürsten mit dem Bankier, die für diesen „einen sehr realen Werth“ hat, als standalös zu denunziren, behüte, sondern um für die bevorstehende Umwandlung Reklame zu machen. Ein Verhältniß, das einen „realen Werth“ hat, ist ein sehr reales Verhältniß, und wenn es vom Bankier Bleichröder auf die Diskonto-Gesellschaft übergeht, nun so liegt für gute Geschäftsleute aller Grund vor, die Aktien dieser glücklichen Gesellschaft zu kaufen.

„Sei, wer sich vor der Welt
Ohne Geißel verhält,
Einen Freund am Bufen hält
Und mit dem genießt“

singt Goethe, aber der Geschäftsmann, dessen Freund Bismarck heißt, hält von solcher Schwärmerei nichts und möchte sein Geheimniß lieber

„An in jedes feilsche Beet
Mit Krossensamen, der es schnell verräth.“

So treibt man seine Aktien zum „rapidum in die Höhe gehen“, und ladet sie in entsprechend vermehrter Anzahl dem Publikum auf. Unter den vorliegenden Umständen ist diese Transaktion allein unter Brüdern ihre 30 bis 40 Millionen werth. „Wir ein Viertel, ihr ein Viertel.“

Wo aber kommt das Geld her, das auf solche Weise in die Taschen des Brüderpaares Bleichröder-Danemann und ihrer stillen Theilnehmer praktizirt wird? Es kommt doch nicht von ungefähr so aus der Luft geflogen? Allerdings nicht, sondern es wird durch allerhand Kanäle dem Volk aus den Taschen gezogen. Wie das geschieht, das schildern wir vielleicht ein andermal, daß es geschieht, sagt die einfachste Ueberlegung. Aus nichts wird nichts, bei der ganzen Manipulation ist durchaus kein neuer Werth produziert, die Nation als Ganzes ist um keinen Heller reicher geworden — folglich muß der Gewinn der Bankiers und ihrer Kunden für Andre einen Verlust bedeuten. Sie merken es nicht gleich, weil er ihnen in kleinen Portionen entzogen wird, aber am Ende der Dinge macht er sich ihnen doch bemerkbar und klagen sie über — theure Zeiten.

Heute wollen wir die Theorie ruhen und nur die Praxis sprechen lassen. Und aus der Praxis theilt uns derselbe Artikel weiterhin ein recht lehrreiches Exempel mit. Oben heißt es von Bleichröder, „Eingewehlte taxiren seinen Vermögenszuwachs seit Beginn des Vorjahres auf 25 bis 30 Millionen Mark.“ Nun höre man, was der Börjensmann von der letzten Börjensoperation des Bleichröder zu melden weiß:

„Als der Reichskanzler im heurigen Frühjahr den deutschen Getreidezoll gegen Rußland abermal erhöhen wollte, da lag ihm, damit nicht nach der Erhöhung russisches Getreide über Oesterreich den Weg nach Deutschland finde, sehr daran, daß auch Oesterreich-Ungarn gleichzeitig seine Zersetzungs erhöhe. Fürst Bismarck wollte jedoch nicht die Frage in offizeller Form in Wien anregen und so übernahm, wie uns von Bekannter Seite gemeldet wurde, Herr von Bleichröder die Mission, die Angelegenheit beim Grafen Kalnowy vorzubringen. Der Berliner Bankier traf denn auch zu diesem Behufe in den ersten Tagen des Monats Juni in Wien ein, wo er Veranlassung fand, sich im auswärtigen Amt seiner Mission zu entledigen. Hier war man jedoch nicht geneigt, auf die Sache einzugehen, und so verzichtete auch Deutschland auf die geplante neuerliche Zollerhöhung gegen Rußland. Herr von Bleichröder hatte mit seinem handelspolitischen Auftrage keinen Erfolg, aber er fand sofort ein anderes Mittel, den russischen Getreide-Export nach Deutschland zu hindern, dieses Mittel war die Rubelhaufe. Man weiß, wie meisterhaft Fürst Bismarck die Börse für seine politischen Zwecke zu gebrauchen versteht, und so leuchtete ihm denn auch die neue Idee des Finanzmannes sofort ein. Insolange die Rubel stark entwerthet waren, rentirte das russische Getreide nach Deutschland, weil der deutsche Käufer, welcher in Rubeln zahlte, die letzteren zum entwertheten Preis zu kaufen in der Lage war. In dem Maße nun, als der Rubelwerth steigt, vertheuert sich auch das russische Getreide für Deutschland; der hohe Rubelwerth erzieht gleichsam den geplanten neuen Zoll. Der Kanzler erreichte durch die Idee des Herrn von Bleichröder im Interesse der deutschen Landwirthe seinen Zweck und Herr von Bleichröder ist bei der van ihm inszenirten Rubelhaufe sicherlich auch nicht schlecht gefahren. Nun scheint Herr von Bleichröder inmitten seiner großen Erfolge den Gattich zu seinem Rückzuge gelacht zu haben und das ist gewiß sehr weise, denn die Leute sind bekanntlich selten, welche trotz Stellung und Einfluß im richtigen Momente abzutreten verstehen. In Osnabrück, wo Bankier Bleichröder wie alljährlich so auch heuer zur Kur weilt, erschien eines Tages auch der Hauptleiter der Diskonto-Gesellschaft, Herr von Hanse mann, und dort am herrlichen Strande der Nordsee sollen zwischen den beiden Finanzmännern die nöthigen Vereinbarungen in Betreff des Ueberganges der Geschäfte Bleichröder's an die Diskonto-Gesellschaft getroffen worden sein.“

Im Augenblick ist es von diesen „Vereinbarungen“ stiller geworden, wir können sie bis auf Weiteres auf sich beruhen lassen. Aber sehen wir uns das große Geschäft des Herrn von Bleichröder etwas näher an. Um im Interesse der deutschen

Landwirthe den russischen Roggen vom deutschen Markte fern zu halten, setzt er eine Hauffe (Preisreiber) in Rubelnoten ins Werk, das heißt, er veranlaßt mittelst einer feilen Presse und mit Hilfe einer Anzahl geriebener Mitip—skulanten das deutsche Publikum, dieselben russischen Papiere, die man ihm vor Jahresfrist als werthlos geschilbert, wieder anzukaufen, das heißt, er betrügt das ihm vertrauende, das ihm gerade wegen seiner Verbindung mit Bismarck vertrauende deutsche Publikum, und stärkt den Kredit der deutschfeindlichen russischen Regierung, hilft ihr geradezu, mit deutschem Gelde gegen Deutschland zu rüsten. Und zu welchem Zwecke? Um die Profite der großen Landbarone zu retten und dem deutschen Volk ein billiges Nahrungsmittel vorzuhalten. So wird das Volk in doppelter Weise geschunden durch eine Manipulation, die den Beifall des Verkäufers seiner Geschichte, und nicht durchführbar war ohne stille Mitarbeiter schaft der deutschen Behörden. Das deutsche Volk wird doppelt betrogen, und Herr Bleichröder ist dabei „sicherlich nicht schlecht gefahren“. Eingeweihte schätzen seinen Vermögenszuwachs auf 25 bis 30 Millionen Mark. Schade, daß nicht auch gesagt wird, wie hoch diese Eingeweihten den Vermögenszuwachs der stillen Teilnehmer des Herrn Bleichröder schätzen. Wie bisher werden auch sie „sicherlich nicht schlecht gefahren sein“.

Ist aber eine größere Korruption, ist ein skandalöseres Spiel mit dem Wohl und den Interessen des Volkes denkbar, als sie das Wiener Börsenblatt da in aller Seelenruhe schildert — aus Reklame?! Aus Reklame. Kommet her, ihr Kapitalisten, theilzunehmen an den Profiten der künftigen Raubzüge, kauft Diskont-Aktien, ihr sollt es nicht zu bereuen haben, Fürst Bismarck ist dabei und seine Verbindung hat einen sehr realen Werth! Frecheres ist unter Louis Philipp, Schamloseres unter dem Staatsstreichhelden Bonaparte auf dem Gebiete der Geldmacherei nicht dagewesen als diese Vergrößerung des leitenden Staatsmannes in Deutschland. Sie geschieht unter der Firma einer Bank, an deren Spitze der Sohn eines Mannes steht, dessen Mund das berühmte Wort entflammt: In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf! — Möge es eine Ermahnung sein für das deutsche Volk, den Gründern und ihren Patronen auf die Finger zu sehen.

Zum internationalen Gewerkschaftskongress.

Es geht uns folgendes Schriftstück zu:
Zweites Zirkular der englischen sozialdemokratischen Föderation betreffend den bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskongress zu London im November 1888.

Indem wir Ihnen eine Kopie beifolgenden Beschlusses, der bei Gelegenheit der jährlichen Zusammenkunft unserer sozialdemokratischen Föderation einstimmig angenommen wurde, beifügen (wir haben denselben bereits in Nr. 36 abgedruckt), legen wir den Wunsch, Ihre Aufmerksamkeit auf das erste bezüglich obiger Angelegenheit von uns veränderte Zirkular zu lenken. Es wurde in dem Züricher „Sozialdemokrat“ vom 14. April d. J. veröffentlicht, und ferner noch in einer großen Anzahl sozialistischer Zeitungen Europas und Amerikas. Sie haben uns noch nicht mit Ihrer Antwort beehrt, noch irgendwie Ihren Wunsch kundgegeben, uns in unserer sozialistischen Propaganda in England dadurch zu unterstützen, daß Sie die Gewerkschafts-Vereinigungen Ihres Landes zu bestimmen suchen, Vertreter zu entsenden zur Theilnahme an dem Kongresse, den die Gewerkschaften Englands ins Leben zu rufen sich bestreben.

In der oben erwähnten Nummer des Züricher „Sozialdemokrat“ ist der Wunsch ausgedrückt, daß die Vertreter der auswärtigen Vereinigungen von den englischen Delegirten überstimmt werden, und so Beschlüsse, die dem sozialistischen Prinzip entgegen sind, durchgesetzt werden könnten. Wenn irgend solches in Aussicht stünde, so hätten wir natürlich die Sache nicht so ernst betreiben; doch wußten wir, daß die Stimmabgabe nationenweise erfolgen werde, und dies ist in dem zweiten, vom parlamentarischen Committee der Gewerkschaften, das den Kongress leitete, herausgegebenen Zirkular deutlich klargelegt.

Die Abstimmung der englischen Theilnehmer wird daher nur als eine Stimme berechnet, und es freut uns, Ihnen mittheilen zu können, daß bereits ein Mitglied der sozialdemokratischen Föderation von einer der auf dem Kongresse zu vertretenden englischen Gewerkschaften zum Delegirten erwählt worden ist. Viele der englischen Delegirten werden unserer Meinung betreffs der Fragen, welche dem Kongresse vorgelegt werden, beifolgend, und was Frage 4 anbelangt, so werden sie zu Gunsten eines internationalen Achtstundens Gesetzes stimmen. Sogar wenn die allmählichen englischen Gewerkschaftler, die allen Einwirkungen des Staats in solchen Arbeitsfragen entgegen sind, in der Majorität wären, so wird auf jeden Fall eine heftige, energische und scharfe Minorität ihnen gegenüber stehen. Die englische Stimme wird daher keine einstimmige sein. Wir rechnen sicher auf Ihren Beifall, und eine einheitliche Zustimmung von dem Kontinent zu geben. Wenn es unseren Freunden nicht gelingt, die Majorität der englischen Delegirten zu überreden, dann müßte die englische Stimme in einer Minorität von eins gegen alle übrigen Gewerkschaften der Welt sein.

Je streifter die ausländischen Delegirten den englischen Regeln beistimmen, so ungerechtfertigt diese auch immer sein mögen, desto größer wird der Effekt des Sieges der Sozialisten Europas sein, den sie jetzt sicher in Händen haben.

Das sozialistische Parliamentsmitglied und wohlbekanntes sozialistische Führer als solche zu Gunsten der sozialistischen Regierungen stimmen würden, ist ja ganz natürlich. Dies würde nichts Neues ergeben; es würde keinen großen Einfluß auf die Regierungen Europas ausüben, noch auf jene Theile der arbeitenden Klassen, die sich der sozialistischen Bewegung noch nicht angeschlossen haben.

Aber wenn die bona fide Arbeiter-Genossenschaften Europas zahlreich genug, reich genug und erst genug sind, unter ihren eigenen Mitglidern Arbeiter zu erwählen, ihre Ausgaben zahlen und sie nach London zur Stimmabgabe senden, nicht als Sozialisten, sondern als Gewerkschaftler zu Gunsten der sozialistischen Forderungen, dann würde der moralische Effekt sowohl auf die Regierungen, als auch ganz besonders auf die Bevölkerungen ein um so viel größerer sein. Auf alle Fälle würde dies unbedingt in England der Fall sein; und der Kongress wird, obwohl ein internationaler, da er in London, und durch die englischen Gewerkschaften abgehalten wird, natürlich einen weit größeren Einfluß in England als in anderen Ländern ausüben.

Gerade dies ist einer jener Umstände, wo unsere Brüder im Auslande uns große und materielle Hilfe leisten können, und wir ärgern nicht, diesen Beifall zu erbiten. Es muß anerkannt werden, daß England die Hauptstütze des Kapitalismus ist. Durch Beifall in der Propaganda des Sozialismus in England werden unsere Kameraden auf dem Kontinent unseren allgemeinen Feind, den Kapitalismus, in seiner Stütze, gerade im Mittelpunkte seiner Macht, angreifen.

Wir möchten daher unsere Kameraden in allen Ländern ersichtlich aufordern, unsere Bemühungen hier zu unterstützen, da sie dadurch dazu beitragen werden, den Sozialismus in der ganzen Welt zu fördern. Hierüber ist jetzt keine Zeit mehr zu verlieren.

Der Kongress tagt am 6. November; er wird eine ganze Woche dauern, und da es ein Gewerkschaftskongress ist, so werden die Zeitungen es nicht umgehen können, ausführliche Berichte von den Vorgängen zu geben. Wir bitten unsere sozialistischen Kameraden auf dem Kontinent, sich mit den Gewerkschafts-Organisationen ihrer betreffenden Länder sofort in Verbindung zu setzen, und dieselben zu bestimmen, Delegirte zu dem Londoner Kongress zu entsenden.

Wir bitten auch unsere Kameraden, sich mit uns in Verbindung zu

setzen, und die Adresse von Gewerkschaften zu geben, an die Einladungen zu der Theilnahme an dem Justizverein-Kongress zu senden sind, und uns überhaupt im Allgemeinen zu unterstützen, inwiefern sie uns in dieser Sache zu unterstützen geneigt sind, und wie wir am besten dazu beitragen können, diese Sache erfolgreich zu gestalten.

Da jede Theilnehmende Nationalität das Recht auf eine Stimme haben wird, so klein auch die Zahl der Delegirten jenes Landes ist, so möchten wir, daß so viele Nationen als möglich die Einladung annehmen, so daß jene Gewerkschaften Englands, welche noch keine sozialistischen Prinzipien angenommen haben, zur Erkenntnis kommen, in welcher hoffnungsloser Minorität sie sich befinden.

Der Erfolg und das praktische Ergebnis einer solchen Feststellung wird von Ihren Anstrengungen abhängen, von der Zahl der vertretenen ausländischen Nationen und von dem Charakter der ausländischen Delegirten und ihrer Mandate. All dies muß so ausgeführt werden, daß denen, die noch gegen unsere sozialistische Propaganda kämpfen, kein Beweisgrund gegeben wird, keine Entschuldigung, in Abrede zu stellen, daß in ganz Europa die organisierten Arbeiter Sozialisten sind, und daß unsere Gegner allein schimpflich in dem Hintergrunde nachfolgen. Wir hoffen darauf, daß diese günstige Gelegenheit nicht verloren gehen wird.

Wir erinnern Sie daran, daß die Gewerkschaften Englands die stärksten, die ältesten, die bestorganisierten und die gesundesten Arbeiterorganisationen der Welt sind, und daß sie, so lange sie außerhalb der sozialistischen Bewegung stehen, eine Ursache großer Schwäche für uns, sowohl national als international, sein werden. Diese englischen Gewerkschaften haben jetzt endlich die Nothwendigkeit internationaler Thätigkeit begriffen; kommt und stellt uns durch Ihre Zahl und Zustimmung bei, ihnen zu beweisen, daß der Sozialismus das einzige Mittel ist, durch welches das Proletariat aller Länder zur Freiheit gelangen kann.

J. W. Lee, Sekretär.

Wir anerkennen durchaus die Absichten, welche die Arbeiter des vorstehenden Rundschreibens befehlen, und verkennen auch nicht das Gewicht der für ihre Auffassung in's Feld geführten Gründe, müssen ihnen aber bemerken, daß die Handhabung der Vereinsgesetze seitens der deutschen Gerichte und Verwaltungsbehörden den überhaupt noch bestehenden unabhängigen Fachorganisationen in Deutschland eine Beschädigung des Kongresses faktisch zur Unmöglichkeit machen. Sie würde nach der Praxis der genannten Behörden ihre sofortige Auflösung zur Folge haben. Gerade die Rücksicht auf diesen Umstand war es ja, der die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie zu der Forderung bestimmte, für die Länder, wo durch Ausnahmegesetze eine reguläre Vertretung der organisierten Arbeiter nicht möglich ist, einen anderen Modus der Vertretung festzusetzen. Man ist darauf nicht eingegangen, und selbst wenn wir jetzt dem Wunsch der Einkinder nachkämen, und die deutschen Arbeiter, soweit sie organisiert, aufforderten, den Kongress doch noch zu beschicken, so würde der Stand der Dinge dadurch in nichts geändert werden, diejenigen deutschen Arbeiter, an deren Bithwirkung unsern englischen Genossen, wie überhaupt den vorwärtsstrebenden englischen Arbeitern, allein gelegen sein kann, würden in London unvertreten bleiben.

Wenn der Kongress insofern dessen das nicht sein wird, was er hätte werden können, so wird das eine gute Lektion für das parlamentarische Komitee sein und, wenn die Sozialisten auf dem Kongress das Thorgehen thun, auch die konservativen Elemente unter den englischen Arbeitern zum Nachdenken bringen.

Im Uebrigen überlassen wir es den berufenen Vertretern der deutschen Arbeiter, zum Vorstehenden Stellung zu nehmen.

Sozialpolitische Rundschau.

3. Jahrgang, 4. Oktober 1888.

— † Julius Krüger weißt nicht mehr unter den Lebenden. Als Opfer der insamen Verfolgungswuth ist Krüger, der am 26. Juni 1899 geboren ist, also noch im besten Mannesalter stand, einer tödtlichen Krankheit erlegen, die er sich während der Monate langen Untersuchungshaft im vorigen Jahr und der Strafbast, die er seit Oftern dies Jahres in Breslau verbüßte, zuzog. Auf die Wirksamkeit des seit Mitte der sechziger Jahre im Dienste der Arbeitersache gestandenen Genossen werden wir in der nächsten Nummer genauer eingehen. Für heute sei nur gesagt, daß in Krüger die Partei einen ihrer treuesten und hingebendsten Vorkämpfer verloren hat. Jul. Krüger vertrat seit 1881 den Wahlkreis Breslau (West).

— Die Anarchie im Haus Hohenzollern, wie ein französisches Blatt sich ausdrückt, hat in der That begonnen. Ober richtiger: die anarchischen Symptome, welche vorigen Herbst durch die Veruche der Abgurgelung des Kronprinzen aller künftigen Welt offenbar wurden, die aber nach dem Tode „Unseres Feind“ gewaltsam unterdrückt schienen, sind wieder zu Tage getreten und zwar mit einer Heftigkeit, wie noch nie zuvor. Die Veröffentlichung der bekannten Bruchstücke aus dem Tagebuch des verstorbenen Kaisers haben das ganze Bismarck'sche Volk aus Hand und Band gebracht. Es war, wie wenn die Polizei plötzlich in eine geheime Gesellschaft von Verbrechern eindringt: dieselbe Verblüfftheit und Kaplosigkeit. Der selbst baldete es nicht mehr in Friedrichsruhe, — er wußte nur zu gut, daß seine Behauptung, die veröffentlichten Auszüge seien „apokryph“, von keinem Menschen geglaubt würde, und in wilder Hast — er vergaß sogar, seine Spitzelgarde mitzunehmen, die er telegraphisch aus einer Zwischenstation nachbestellte — eilte er nach Berlin, um sich mit seinem Leidensgenossen zu beraten.

Was thun?
Da war guter Rath theuer. Der Schuß hatte ins Schwarze getroffen — ja es war ein „Stoß ins Herz“ — und einen deutschen Kaiser kann man doch nicht zum Lügner stempeln, noch weniger: ihm den Prozeß machen, namentlich, wenn er schon todt ist.

Was thun?
Ja Polizei! Und Staatsanwalt! Weiter reichen die Gedanken dieses Volkes nicht. Die Weiterveröffentlichung ist verboten; gegen die Urheber der bisherigen Veröffentlichung soll ein Prozeß eingeleitet werden und zwar ein Prozeß à la Krüger!
Auch, es soll eingeschüchtert werden.

Aber das ist ja einfach lächerlich. Die Kugel ist aus dem Lauf, und sie hat getroffen. Was ist da noch zu ändern, oder zu bessern? Die „nationalen“ Vorbereiter des Kaisers Eisensturms sind zerlegt, die glühende gloriole Legende von der Gründung des Reichs ist zerstückelt, die Götzenbilder, vor denen seit 18 Jahren patriotischer Wahnsinn schiffelweise verbrannt hat, liegen in Scherben zerbrochen am Boden.

Und gethan hat das der wirkliche Hauptgründer des deutschen Reichs, der erste Kronprinz des deutschen Reichs, der zweite deutsche Kaiser aus dem Geschlecht der Hohenzollern! An dieser wunderbaren Komödie der Weltgeschichte — können hundert Prozesse nichts ändern und diese alberne Prozeßandrohung verräth nur die namenlose Bestürzung der ertrappen Sünden.

Und die Tragödie des Hauses der Hohenzollern, in der das hundertjährige Zwischenreich nur den letzten Akt bildete, entrollt sich jetzt vollständig vor uns:

Der erste Wilhelm war 1870/71 schon geistig eine Ruine; der Kronprinz hoffte bald an die Regierung zu kommen, durch Bismarck aber, der sich um ihn und den Vater stellte und demagogisch die stammlichen Reaktionselemente organisierte, wurde er von jedem Antheil an der Regierung, der ihm wenigstens in Gestalt der Mitregentchaft hätte gewährt werden müssen, gänzlich fern gehalten.

Der Kronprinz, eine mehr passive als energische Natur, nahm den Kampf mit dem Hausmeister nicht auf — er fröndelte Hof dann und wann. Als ihm endlich die langermartete Krone auf's Haupt gißt — da war er ein sterbender Mann, der sich der Amputation seiner mächtigen Feinde nicht mehr entziehen konnte.

Er starb und hinterließ das Reklusheum des Tagebuchs, welches den feiglichen Feinden wie blühendes Feuer auf dem Leibe brennt. Kein Raithwasserstraß aus Friedrichstraße kann dieses Feuer löschen.

— Offiziell wird bei uns nicht gelogen — so erklärte bekanntlich eines Tages Bismarck im Reichstage, als man seiner diplomatischen Wahrheitsliebe mit etwas Skepsis entgegentrat. Dieser Ausspruch findet nun einen prächtigen Beleg in einer Stelle des Tagebuchs von Kaiser Friedrich, die von der „Freisinnigen Zeitung“ höher gehängt wird.

Im Herbst 1870 veröffentlichte der „Times“-Korrespondent im deutschen Hauptquartier, P. M. Russell, über die Unterredung zwischen Wilhelm und Napoleon nach der Schlacht bei Sedan folgenden Bericht:

„König und Kaiser standen einander Angesicht in Angesicht gegenüber. Der König sprach zuerst. Gott, sagte er, habe in dem Kriege, welcher gegen ihn erklärt worden, seinen Willen den Sieg gegeben. Der Kaiser erwiderte, nicht er habe den Krieg gesucht, sondern die öffentliche Meinung von Frankreich habe ihn gezwungen, den Krieg zu beginnen. Davon sei er überzeugt, antwortete der König, und fügte hinzu: „Ow. Majestät führte den Krieg, um der öffentlichen Meinung zu genügen, welche den Krieg begehrte. Aber Ihre Minister schufen jene öffentliche Meinung, welche den Krieg erzwang.“ Nach einer Pause erkannte der König an, daß die französische Armee mit großer Tapferkeit gekämpft habe. „Ja“, sagte der Kaiser, „aber Ow. Majestät Truppen besaßen eine Disziplin, welche den meinsten in der letzten Zeit fehlte.“ Der König bemerkte, daß die preussische Armee sich seit mehreren Jahren alle neuen Ideen zu Range gemacht und die Erfahrungen anderer Nationen vor und nach 1866 sorgfältig verfolgt habe. „Ihre Artillerie, Sir“, sagte der Kaiser, „gemacht die Schlacht. Die preussische Artillerie ist die beste der Welt.“ Der König verbeugte sich und wiederholte, man hätte sich bemüht, aus den Erfahrungen anderer Nationen zu lernen. „Prinz Friedrich Karl“, hob der Kaiser wieder an, „entschied das Schicksal des Tages. Seine Armee nahm unsere Stellung.“ — „Prinz Friedrich Karl! Ich verstehe Ow. Majestät nicht. Keines Sohnes Armee sagt bei Sedan.“ — „Und wo ist denn Prinz Friedrich Karl?“ — „Er steht mit sieben Armeekorps vor Metz.“ Bei diesen Worten fuhr der Kaiser zurück und schrie laut zusammen, als wenn ihn ein Schlag getroffen hätte. Aber er sagte sich wieder, und die Unterhaltung wurde fortgesetzt. Der König fragte, ob Seine Majestät irgend welche Bedingungen zu machen oder vorzuschlagen habe. „Nein. Ich habe keine Macht. Ich bin ein Gefangener.“ — „Und darf ich fragen, mit welcher Regierung in Frankreich ich unterhandeln kann?“ — „Die Kaiserin und die Minister in Paris haben allein die Macht zu unterhandeln. Ich bin machtlos. Ich kann weder Befehle geben, noch Bedingungen machen.“ Der König bemerkte dann, daß er seiner Majestät, wenn es ihr gefalle, das Schloß Wilhelmshöhe zum Wohnsitz anweisen werde, was der Kaiser annahm. Weiter fiel bis auf das Abgehörnehmen nichts von Bedeutung vor. Nachher drückte der Kaiser dem Kronprinzen seine Rührung über des Königs Güte und Höflichkeit aus; denn, sagt der „Times“-Korrespondent hinzu, ich glaube, der König ließ auch beim Anzuge der Begegnung einige Worte des Bedauerns über des Kaisers Tod fallen und bewahrte überhaupt während der ganzen Unterredung eine stilllich wohlwollende Haltung.“

Bei dieser Unterredung ist kein Ohrsprengel vorhanden gewesen. Und auch König Bismarck war in seinem Bismarck-Buche über dieselbe nichts weiter mitzutheilen, als daß sie zehn Minuten gedauert habe. Gegen obige Darstellung des „Times“-Korrespondenten erließ nun Bismarck durch das politische Telegraphenbureau am 2. Oktober 1870 mit seiner eigenen Namensunterchrift folgende Erklärung:

„Herzörs, 2. Oktober. Der Bericht, den der „Times“-Korrespondent Russell über die Unterredung des Königs Wilhelm mit dem Kaiser Napoleon gebracht, beruht durchaus auf Erfindung.“ W. v. Russell hat alsdann 1874 bei Kautledge ein Tagebuch erscheinen lassen, in welchem er ausdrücklich hervorhebt, daß seine Nachrichten über den Inhalt jener Unterredung auf Mittheilungen des Kronprinzen beruhten, welche ihm derselbe in Gegenwart des englischen Militärbevollmächtigten Oberst Walker gemacht habe. Rumreiter wird durch die Veröffentlichung des Tagebuchs des Kronprinzen festgestellt, daß der „Times“-Korrespondent damals durchaus wahr berichtet hat. Unterm 2. September lesen wir in dem Tagebuch des Kaisers Friedrich in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem damaligen Artikel der „Times“ Folgendes:

„Die Unterredung ging, wie mir der König später mittheilte, wie folgt. Der König begann, nach dem das Schicksal des Krieges sich gegen den Kaiser gewandt und dieser ihm seinen Thron anbiete, er gekommen sei, um ihn zu fragen, welches er jetzt seine Absichten seien? Napoleon stellte seine Zukunft lediglich Ow. Majestät anheim. Dieser erwiderte, daß er mit aufrichtigem Mitgefühl seinen Gegner in solcher Lage sehe, umal ihm nicht unbekannt sei, daß es dem Kaiser nicht leicht geworden, sich zum Kriege zu entschließen. Diese Aeußerung that Napoleon offenbar wohl, und er beteuerte mit Wärme, daß er nur der öffentlichen Meinung gemessen sei, als er sich zum Kriege entschlossen, worauf der König erwiderte: „daß aber die öffentliche Meinung die Richtung genommen, das haben Diejenigen verschuldet, welche Sie zu Ihren Rathgebern berufen.“ Auf den unmittelbaren Zweck des Besuchs eingehend, fragte der König, ob Napoleon jetzt irgend welche Unterhandlungen beabsichtige? was der Kaiser mit dem Bemerkten verneinte, daß ihm als Gefangenen keinerlei Einfluß auf die Regierung zustehe. Auf die weitere Frage, wo denn diese Regierung sei? antwortete er, „in Paris“. Der König leitete darauf die Unterredung auf die nächste persönliche Lage des Kaisers und bot ihm Wilhelmshöhe als Aufenthalt an, was er sofort annahm: er schien besonders befreit, als Ow. Majestät bemerkte, er werde ihm zur Sicherheit eine Ehrenwache über die Grenze geben. Als Napoleon im weiteren Verlauf der Unterredung die Vermuthung aus sprach, daß er die Armeen von Friedrich Karl sich gegenüber gehabt, berichtete ihn der König, daß ich und der Kronprinz von Sachsen es gemessen seien. Auf seine Frage, wo denn Prinz Friedrich Karl sei? antwortete der König scharf betonend: „Mit sieben Armeekorps vor Metz.“ Mit allen Zeichen schmerzlicher Ueberraschung trat der Kaiser einen Schritt zurück, ein schmerzliches Jucken fuhr über sein Gesicht, denn erst jetzt ward ihm klar, daß er nicht die ganze deutsche Armee gegen sich gehabt. Der König lobte die Tapferkeit der französischen Armee, was Napoleon zwar gerne bejahte, aber er bemerkte, es fehle ihr die Disziplin, welche unsere Armee so sehr auszeichne. Die preussische Artillerie sei die erste der Welt und seine Truppen hätten unserem Feind nicht widerstehen können. Die Unterredung mochte eine gute Viertelstunde gedauert haben, als sie wieder heraustrat.“

„Offiziell wird bei uns nicht gelogen.“ — Das genügt.

— Der Gipfel der Bestimmungslumperei. Für jeden, der das Tagebuch Friedrichs III. liest, ist es klar, daß das politische Programm desselben sich so ziemlich mit dem deckt, was die national-liberalen als das ihre — ausgeben. Und doch heßt keine Presse wühender gegen ihn, nicht eine hochtrabender über ihn los als grade die national-liberale. Wer die Bestimmungslumperei dieser Partei nicht schon kennt, er würde aus dieser Einen Thatlage ersehen, wie hoch derselben die Grundzüge stehen, die sie zu vertreten vorgibt, und wie hoch der Wunsch — sich um jeden Preis der grade herrschenden Macht beliebt zu machen. Es macht der Menschenkenntniß Friedrich III. alle Ehre, daß er nicht diese Partei, sondern die deutsch-freisinnige als die seine betrachtete, deren Traditionen doch durchaus in Widerspruch mit dem stehen, was er als König von Preußen und Kaiser von Deutschland hätte geltend machen müssen.

Greifen wir aus dem Chor der Bestimmungslumpen Einen heraus, Als Friedrich III. noch als Kronprinz für die zukünftige Sonne galt, gab es Niemand, der serviler vor ihm knabdelte, sich unterwürfiger an ihn herandrängte als Herr Fritz Dernburg, Redakteur der Berliner „Nationalzeitung“. Heute nimmt unter den Wählern, die das Tagebuch als den reinen Reichs-Hochverrath verdächtigen möchten, eine der ersten Stellen die Berliner „Nationalzeitung“ ein. O was ist es doch für ein prächtiges Ding um diesen Wannerstolz vor Königsgräbern.

— Einer der „Edelsten und Besten seines Volkes“ — von seinem Adel nämlich — der Hauptmann von Ehrenberg, Aufricht wieder einmal das famose Kaiserwort nach seinem inneren Werthe. Das mit der Untersuchung gegen den putzigen „Gentleman“ beantragte Armeegericht in Karlsruhe erläßt im „Reichsanzeiger“ folgenden Steckbrief:

„Der hier wegen Hoch- und Landesverrath zur Untersuchung gegebene Hauptmann A. D. Alfred von Ehrenberg, zuletzt im J. Babilien Feldartillerie-Regiment Nr. 14, seit 1880 beabsichtigt,

ant-
oma-
pruch
u s
hängt
sich
halm
über.
eher
kaiser
Rei-
Da-
Ca-
higen
sich
empft
eine
Röng
neuen
und
der
ber-
nichts
ages.
ich
leben
und
er
könig
oder
Ge-
ranf-
in
ich
g be-
sch
ahm.
vor.
des
pon-
nung
ste
ende
Und
nichts
egen
ar d
870
Er-
ent
apo-
stufel
wel-
schalt
elche
berst
des
dent
wir
nung
ogt.
en
neon
erte,
sehe,
den,
nbar
Rei-
nönig
men,
be-
agte
sch-
Ge-
itere
Der
Lage
so-
erte,
ben-
ung
gibt,
er es
ant-
ch-
nen
erst
sich
was
Dis-
kerie
nicht
ande
läng-
das
ro-
al-
stiffe
rade
artikel
wie
und
oben
III.
als
sch
sch-
aus,
galt,
an
Ber-
ge-
iten,
is ist
o r
don
er g
an
fol-
ung
um
ber,

42 Jahre alt, evangelisch, von kleiner Statur, hat sich durch Flucht der Untersuchung entzogen und an unbekannter Ort begeben. Es wird erlucht, denselben im Betretungsfalle zu verhaften und an die nächste Militärbehörde abzuliefern. Karlsruhe, den 25. September 1888. Königlich Preussischer 14. Armeekorps."

Natürlich ist diese ganze Streiferei eine Farce, ebenso plump als unverschämte. Als Bebel im Reichstage neben den Spitzeln „minderen“ gesellschaftlichen Ranges auch den Generalkonsul von Ehrenberg als einen verlotterten, charakterlosen Polyzellenhändler hinstellte, da war es, weil Buttiker gleich dem ertrunkenen Verdröcker das Wort im Munde fassen blieb und er es nur — ein umgekehrter Petrus, der seinen Knecht verleugnet — zu einem: „Ich kenne diesen Mann nicht“ brachte — da war es die unverschämte „Krauszeitung“, die den adeligen Lumpen als einen „Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle“ erklärte, und die ganze offizielle Reptilpresse, voran die Hauptblätter in Köln und die Nebenblätter in Straßburg, „Kleinliche Zeitung“ und „Straßburger Post“, erschöpfte sich in Selbstbelugungsgründen dieses spitzelnden und propäandistischen Hauptmanns. Als Buttiker wieder einigermaßen seine Haltung gefunden, drehte er mit gewohnter Unverschämtheit den Spieß um. Man leitete eine „Untersuchung“ gegen Ehrenberg ein, ließ ihn, den vorbrühigen Offizier, aber trotz der Schwere der gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen auf freiem Fuße — und sah Bebel als Jungen vor. Gerichtliche Verfahren konnte man ihn wegen seiner Reichstagsrede nicht leicht, aber als Zeuge, der auf den Gang der Untersuchung und des Beweisverfahrens keinerlei Einfluß ausüben vermag, würde er in die Zwangslage des Beweises gebracht — und es gibt eben Dinge, die absolut wahr, von aller Welt geglaubt und gemusst werden, und dennoch nicht zu beweisen sind. Und darauf spekulierte man. Konnte Bebel also als Zeuge seine Behauptungen im Reichstage nicht erweisen, so war nicht bloß ein Buttiker „Gentleman“ geteilt, nicht bloß dadurch auch dessen Hintermänner und das ganze korrupte System wieder für einige Zeit befestigt, nicht bloß auch die übrigen Spitzelentwürfungen in ihrer Bedeutung und Glaubhaftigkeit ganz wesentlich herabgedrückt, sondern auch — und darauf stützte die ganze Untersuchung sich — mit Hilfe einiger „Dienstleute“ und bei der notorischen Gefolgschaft und Verlogenheit Ehrenbergs und dessen Versuchen, seine landesverrätherischen Handlungen Anderen zu impaltrieren, vielleich die Möglichkeit gegeben, Bebel und ihm der deutschen Sozialdemokratie endlich einmal ein kleines Hoch oder Landesverratsprojekchen an den Hals zu legen. Das Reichsgericht besorgte dann das Uebrige, dessen waren Bismarck-Buttkamer sicher.

Das wurde nun allerdings verweigert — trotz der sehr sonderbaren Haltung des schweizerischen Bundesrates, der bei der Auslieferung der Ehrenberg-Äkten plötzlich politische Bedenken empfindet, die er wenige Monate vorher nicht kannte, und die er auch nicht empfand, als er die Schröder-Haupt-Äkten nach Stuttgart ausfolgte, wo der Anarchist-Eiter mit Hilfe dieser Äkten an den Galgen gebracht werden soll.

Als man nun endlich sah, daß Ehrenberg nicht mehr zu retten war, weder als Spitzel noch als Landesverräther — da gab man ihm das nötige Reisegeld — und als er über der Grenze war, erließ man hinter ihm den Sterbhauch!

Vielleicht begegnen wir ihm eines Tages in dem Gerichtssaale eines „betrundeten“ Staates als Militärplan!

Zu der ersten Blamage im Reichstage hat das herrschende System in Deutschland nun seine zweite — wenn Lächerlichkeit und Insanität in Deutschland idoletern, wäre dieses korrupte und forumpirende System längst in sich zusammengebrochen! So aber muß die Sozialdemokratie noch mehr nachhelfen.

— Herr von Ehrenberg, dessen Lügengebäude eben zusammenzubringen drohte, wird uns in Uebereinstimmung mit unserer eigenen Auffassung aus Deutschland geschrieben, hat sich — natürlich mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung — plötzlich gedrückt. Diejenigen, die ihm zur Flucht, wenn dieser Ausdruck hier paßt, verholfen, erlassen jetzt einen Sterbhauch hinter ihm. Wenn er nicht irgendwo das Asylrecht zu kompromittieren hat, so wird man ihm wohl den Rath gegeben haben, sich den „Zivilisatoren“ Afrika anzuschließen. Im dunklen Erdtheil kann man Ehrenmänner seines Schlages brauchen.

Die rücksichtslose Behandlung dieses Bräutigams aus der Sippe der „Edelsten und Besten des deutschen Volkes“ und die schmähliche Behandlung Krüders kennzeichnen den gegenwärtigen Stand dessen, was man in Deutschland schändlich über die Rechte des Volkes, des schmählichen Verfalls bringt und verächtlich, spaziert im schönen Wiesbaden frei herum, bis es ihm allergnädigst gerührt, der Gerichtsverhandlung aus dem Wege zu — reisen, der Ande, eines rein formalen Vergehens beschuldigt, wird, obwohl deutscher Volksvertreter, hinter Schloß und Riegel gehalten, bis er körperlich ruiniert, todkrank zusammenbricht.

Das ist die famose Gleichheit vor dem Gesetz, die freche Lüge unserer verlogenen Epoche.

— Zur Ehrenbergeraffäre wird der „Fürcher Post“ aus dem Großherzogthum Baden Folgendes geschrieben:

„Die Nachricht, der schweizerische Bundesrath weigere sich, die Untersuchungssachen Ehrenberg an das Militärgericht in Karlsruhe auszuliefern, weil Ehrenberg eines politischen Vergehens angeklagt sei, hat vielfach überrascht. Es mag sein, daß damit der Bundesrath foret handelt; umso mehr muß aber dann ausfallen, daß er diese Korrektheit nicht von vornherein beobachtet, sondern ein Verfahren einschlug, das von seinem jetzigen Standpunkt aus als höchst infortredt angesehen werden muß.“

„Als im Juli dieses Jahres der Reichstagabgeordnete Bebel den schweizerischen Bundesrath um Abkündigung gewisser Äktenfälle aus der Untersuchung bet. Ehrenberg zur Uebermittlung an das Militärgericht in Karlsruhe bat, wurde ihm dieses mit der Roburierung verweigert, daß Äkten oder Kopien derselben an Privatpersonen nicht ausgehändigt werden können. Wenn dagegen ein amtliches Ansuchen in Begleitung eines Requisitionals eingehe, aus dem zu ersehen sei, was den Gegenstand der Untersuchung bilde, so könne eine solche Herausgabe zu vorübergehender Benützung in Erwägung gezogen werden und unter der Bedingung, daß die Äkten wieder zurückgeliefert würden, auch erfolgen.“

„Das beiliegliche Schreiben des Bundesrates hat nun feinerseit der Abgeordnete Bebel dem Armeegericht in Karlsruhe zugestellt. In letzterem reichte hierauf dir. K. den Antrag um Abkündigung gewisser Äktenfälle ein und zwar unweifelhaft unter Angabe des Gegenstandes der Untersuchung, nämlich hochverrätherischer, beziehungsweise landesverrätherischer Umtriebe. Obgleich nun hiernach es sich um ein hochpolitisches Vergehen handelte, nahm der Bundesrath keinen Anstand, die verlangten Äktenstücke im Original dem Armeegerichte in Karlsruhe zu schicken. Erst als letzteres nunmehr auf Grund des beilieglichen Inhalts dieser Papiere um Ueberlieferung auch der Uebrigen in Bern einkam, scheint man dort plötzlich ändern Sinnes gemorden zu sein und verweigert nun die Herausgabe.“

„Wodurch diese Inkonsequenz? Hier ist die Auffassung verbreitet, daß diese plötzliche Weigerung auf den dringenden Wunsch von sehr einflussreicher Seite in Deutschland zurückzuführen ist, damit es dem Armeegericht trotz der bereits vorliegenden, sehr kompromittirenden Äktenstücke noch möglich wird, die Anstrengung eines Prozesses gegen Ehrenberg abzulehnen zu können. Die Haltung des schweizerischen Bundesrates in dieser Affäre ist eine eigenthümlich schwanfende.“

Sprache der deutschen Sozialdemokratie von der Zeit an, wo sozialdemokratische Vertreter im Reichstag saßen und im genauen Verhältniß der wachsenden Macht und Bedeutung der Partei bis zum Jahr 1878 freigedanklicher und besonnener geworden ist — und daß das wüste heftige Geschimpfe, welches zu Anfang der Bewegung von zweideutigen, der preussischen Regierung sehr sympathischen Personen geübt und gepflegt wurde, ganz aufgehört hätte. In seiner Zeit ihres Bestehens hat die deutsche Sozialdemokratie eine so maßvolle Sprache geführt, und überhaupt eine so besonnene Haltung beobachtet, wie in der Zeit unmittelbar vor dem Sozialistengesetz.“

„Zum Beweis für die „verwandelte“ Sprache der sozialdemokratischen Organe im Jahre 1870 erwähnt die „Norddeutsche“ einen Artikel, betitelt: „Das Fensterbeil“, der den politischen Mordverherrlicht habe. Der Artikel wendete sich, umgekehrt, gegen die herrschende Mord- und Gewaltpolitik. Diese Lüge des Bismarckschen Reichblattes steht auf gleicher Stufe, und ist wohl auch gleichen Ursprungs mit der Notiz von dem Verbot der „Hamburger Bürgerzeitung“, die bekanntlich einem die Gewaltpolitik verurtheilenden Leitartikel, betitelt: „Fores is no remedy“ (Gewalt ist kein Heilmittel), zum Opfer fiel.“

„Nach Erlaß des Sozialistengesetzes hat die sozialdemokratische Presse allerdings noch weit mächtiger als maßvoll geschrieben — sie ist nämlich verächtlich, und zwar aus einem sehr guten Grund: sie ist erbrockelt worden. Und es betrifft jetzt in Deutschland die Ruhe des Kirchhofs, was ja sicherlich den größten Schaden für die denkbar beste „bürgerliche Wirkung“ gehalten würde — wenn nur nicht der verdamnte „Sozialdemokrat“ wäre, der die Kirchhofruhe so gran'am unterdrückt und das Spitzel- und Reptilvolk nicht hohen, höchsten und allerhöchsten Säubern nicht schlafen läßt.“

„Unser Fritz“ ist zwar glücklich unter die Erde gebracht, aber so ist die Sippe, die ihn so gern schon vor der Zeit in die Grube bestattet hätte, noch unheimlicher werden zu wollen, als er es lebendig gewesen. Er konnte seine Poppenbetmer, und hat rechtzeitig Maßregeln getroffen, um sich an ihnen zu rächen. Das Spitzelbataillon, welches das Sterb-Sicht besetzte, sobald er den letzten Athemzug gethan, kam zu spät; die Schriftstücke, deren Veröffentlichung die Bismarck-Buttkamer und Rathen — den hoffnungslos-n Boden nicht zu vergraben — am Leben zu erhalten wollten, waren bereits in Sicherheit gebracht. Und umsonst wurde Alles durchsucht, und die Biografie des programmwidrigen Hunderttag-Kaisers fast 14 Tage in verthäter Gefangenschaft gehalten.“

Die gefährdeten Veröffentlichungen haben jetzt begonnen. Zunächst nur ein Bruchstück des Tagebuchs, und zwar Aufzeichnungen aus dem Jahr 1870/71 — also der Zeit des „heiligen“ Krieges und der Kaiserkrönung.

Wir wollen auf diese fragwürdigen Notizen des Rührers nicht eingehen und nur kurz die Hauptpunkte andeuten. Es enthält aus dem Tagebuch:

1) daß Bismarck aus preussischem Junkerparticularismus der Gründung des Kaiserreichs widerstrebe.

2) daß der alte Wilhelm kein Verständnis für den sogenannten „nationalen Gedanken“ hatte und auch nach den Siegen in Frankreich die Welt mit der Brille des preussischen Unteroffiziers ansah.

3) daß Ludwig von Bagerland, dessen patriotischer Intuition wir angeblich die Schöpfung des neuen Reichs zu verdanken haben, im krassesten Bajwaren-Particularismus befangen und damals schon geisteskrank war, und daß der famose Brief, in dem die Kaiserkrönung den Höfepöhlern angeboten ward, dem blödsinnigen Monarchen diktiert werden mußte und nur mit Fängen und Bärge zu Stande kam.

Fügen wir noch hinzu, daß an vielen Stellen des Tagebuchs intensive Gel über die namenlose Beschränktheit, Rohheit und Reaktionswuth der künftlichen leitenden Kreise sich ausdrückt, und daß „Unser Fritz“ sich selber als den ersten deutschen Fürsten bezeichnet, die für die nationalen Bestrebungen des deutschen Volks Verständnis habe und einem freien verfassungsmäßigen Regimente herzlich zugehörig sei — so begreifen wir, daß diese Veröffentlichung wie eine Dynamitbombe in die herrschende Sippe hineinfallen mußte. Die Legende von der nationalen Wiegeburt durch die „großen Kräfte des nationalen Gedankens“ — die Bismarck, Wilhelm I. mit Konsorten ist für ewig zerstört, die Rohheit, Beschränktheit, Reaktionswuth und Unheiligkeit der Reichsgründer durch einen klassischen Zeugen bewiesen. Kurz: die historische Wahrheit ist authentisch, durch klassisches Zeugniß, zu Geltung gebracht worden.

Dem, der hinter die Koulißen zu schauen vermochte, und der nach Thaten und Handlungen urtheilt, nicht nach Worten, war freilich das Reisse schon vorher bekannt, aber jetzt haben wir die tatsächliche Feststellung, gemessen nach die juristische Feststellung. Und das ist viel werth.

Die herrschende Sippe war durch diese Veröffentlichung so verblüfft, daß sie fast acht Tage lang sprachlos blieb. Und als dann das Haupt der Sippe, der „geniale“ Kanzler Stiensirn, dessen Vorbereiten von „unserem Fritz“ so abel jerscht worden sind, die Sprache wieder fand, bemühte er sie zu einer der dümmsten Betheuerungen, die jemals dem Mund eines ertrunkenen Sünders entquapft sind. Er erklärte nämlich in seinem Lügen-Roniteur, der „Norddeutschen“: die veröffentlichten Aufzeichnungen seien wahrheitsgemäß „apokryph“, d. h. unecht, gefälscht. Der brave Eisenstein ließ da die erste Regel des Logik-Kommentars außer Acht: Du sollst nie lügen, wenn Du sofort der Unwahrheit überführt werden kannst!

Natürlich ist diese Veröffentlichung Wasser auf die Mühle der Fortschrittler; der Zeitdienst, welchen sie vor Monaten mit „Unserem Fritz“ getrieben, ist zu einem wahren Delirium, zu einer korpalsichtigen Orgie des liberalen Seruitismus gemorden, — und die wunderbar, abermenschenhaft staatsmännische Weisheit des verstorbenen, freisinnigen und freigewissen „Monarchen“ erfüllt alle fortschrittlichen Zeitungen.

Inzwischen hält der neueste Kaiser Rede über Rede — und damit die Korrektur nicht hintennach coram publico — vor versammeltem Volk vorgenommen werden muß — was für einen zweiten „Älten Fritz“ immerhin kein Klais ist — hat man dem rebelligen jungen Mann einen Stenographen mitgegeben, der Alles gleich — richtig stenographirt.

Wenn der neueste Kaiser nicht redet, hält er Manöver und Revuen ab, und wenn er keins von beiden thut, läßt er sich fotografieren. Und — ein Wunder! — je öfter er sich fotografieren läßt, desto ähnlicher wird er dem „Älten Fritz“. Dasselbe Wunder hat sich während mit Napoleon dem Kleinen ereignet. Wer die verschiedenen Prägungen auf den Münzen des zweiten Empire betrachtet, wird finden, daß das Bild des kleinen Napoleons dem des großen von Prägung zu Prägung immer ähnlicher wird, bis zuletzt der Kleine zum vollständigen Doppelgänger des Großen geworden war. Es gibt nichts Neues unter der Sonne.

— Was mit dem Sozialistengesetz bezweckt ist, hat einer der Hauptmacher desselben, ein sehr bekannter Mann, in schwacher Stunde vor einem Unberufenen, den er für einen Berufenen hielt, ausgeplaudert.

„Sie glauben doch nicht, daß das Sozialistengesetz die Sozialdemokraten vernichtet wird?“

„Oh nein, verleihe die staatsmännische Politik, das war thöricht. Aber den Führern, dem Bebel und Liebknecht wird das Leben so unangenehm gemacht, daß sie es bald vorziehen werden, aus Deutschland zu gehen, wie Frigische und Wälfliche.“

„Run — der Herr hat sich getäußt.“

Den Inhalt der Worte verübrigen wir. Den Namen des Mannes werden wir gelegentlich nennen.

— Fallen seh ich Zweig auf Zweig. Die „Tapezierer-Zeitung“ macht nun auch bekannt, daß sie, das geschäftliche Verhältniß mit der Buchdruckerei W. Röwer aufgegeben habe. Das Blatt scheint nun doch überzeugt worden zu sein, daß die in Nr. 32 unres Blattes vom vorigen Jahre gegen Herrn Röwer erhobene Anklage durch nichts widerlegt, in keiner Weise abgewehrt worden ist, dagegen durch die Thatfache, daß Herr

Röwer trotz gegentheiliger Erklärung bis heute noch keine Klage erhoben hat, indirekt bestätigt worden ist. Und so wenig wie Herr Röwer hat irgend einer der von uns als Spitzel der Berliner Polizei Gefemzeichneten es gewagt, Klagen dagegen vorzugehen, die Herren wissen „trefflich mit der Polizei doch mit — Gerichten schwer sich abzufinden.“

Namentlich mit ausländischen Gerichten, die vom Amtseid ganz merkwürdige Vorstellungen haben.

— Von der „Rissen“ Revolution. Dem neuesten Jahresbericht der Handelskammer für den Bezirk Halberstadt u. entnimmt die Frank. Ztg. folgende interessante Thatfachen. Der dreiwöchentliche Stapelartikel des Baierls, Braunloble, hat gegen das Vorjahr (abermals) 2 pCt. im Werthe zugenommen. Bemühungen einzelner Stubenbesitzer, sich über die Preise zu verständigen (d. h. ein „Ringeln“ zu bilden), sind noch zu keinem rechten Ergebnis gelangt. 1875 gab es im Kammerbezirk 88 selbstständige Braunloblegruben, 1887 nur noch 29. Die Abnahme deutet, von einigen eingegangenen Gruben abgesehen, darauf, daß eine Kussaugung der kleinen Betriebe durch die großen stattfindet, eine Erscheinung, welche auch auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Gewerbe hervortritt, indem die kleinen Mühlen, Eichorienbrennen und Brauereien mehr und mehr verschwinden; desgleichen ist der für die hiesige Gegend so wichtige Rübenanbau, welcher eben von zahlreichen kleinen Leuten betrieben wurde, in die Hände einiger weniger Unternehmer übergegangen.“

Das „Lübeck“ ja allerliebste, noch einige Jährchen, und die übrig gebliebenen Braunloble-Barone werden einen „Kraut“ zustandbringen, daß es eine Freude ist. Und was die andern Industrien anbetrifft, von denen da offiziell erklärt wird, daß die kleinen Betriebe verschwinden und nur die großen, die natürlich immer größer werden, Bestand haben, so hat in Bezug auf einen derselben, das Braugewerbe, ein Münchener Mitarbeiter der „Frankfurter Tagespost“ jüngst eine recht lehrreiche Thatsache mitgetheilt.

„Während un're großen Brauereien,“ schreibt derselbe, Dividenden bis zu 14 pCt. zahlen, wie z. B. die Rheinbrauerei, werden sich die kleineren Gesellschaften mit 4-5 pCt. begnügen müssen, ja einzelne Gesellschaften werden sogar gar nichts oder doch fast nichts bezahlen.“

Dieser Unterschied ist „aber keineswegs dem Umstand geschuldet, daß die kleineren Brauereien schlechter geleitet werden, sondern einzig und allein der Entwicklung der Brauereifabrik. Technik, die die den Unterschied in der Leistung, wo nicht totale Unfähigkeit vorliegt, absolut gegenstandslos macht gegenüber dem Unterschied in den Betriebsmitteln.“

„In recht anschaulicher Weise,“ heißt es alsdann, „schilbert diesen unvermeidlichen Verhältnissprozeß ein Artikel in der liberal-konservativen „Allg. Ztg.“: „Es ist eine keineswegs allzu pessimistische Anschauung,“ heißt es da, „wenn man die Behauptung aufspricht, daß kleinere Brauereien als Kleinrentner nur in ganz besondern günstigen Verhältnissen existenzfähig sind, daß dagegen die Mehrzahl früher oder später der Liquidation anheimfallen werden und Neugründungen dieser Art wohl keinen Anklang mehr finden dürften.“

Es ist dies auch eine durch die in der Brauindustrie herrschenden derzeitigen Verhältnisse vollkommen erklärliche Erscheinung. Der in München durchschnittlich erzielte Brauertrag wird auf etwa 3 Mk. pro Hektoliter taxirt, und da die Verwaltung einer Kleinrentner-Gesellschaft, gleichviel welcher Größe, eine gewisse Summe, welche wir „Generalgelden“ nennen wollen, erfordert, so ist klar, daß an den sogenannten unteren 16-20,000 Hektoliter Bier nichts verdient wird. Je größer nun die Produktion einer Brauerei, um so kleiner der Antheil der allgemeinen Kosten auf den Hektoliter Bier und desto rentabler die ganze Anlage. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Brau- und Kleinrentner-Gesellschaften, sondern auch für Privatbrauereien.

„Und doch wäre es ein verhängnisvoller Irrthum, wenn die Gesetzgebung weitere entscheidende Schritte zur Verbesserung eines sogenannten „Ausgleichs“ durch eine veränderte Besteuerung thun wollte. Der Großindustrie allein verbannt Bayern, verbannt speziell München seinen unantastbaren Ruf als „Bierland“, ihr allein gelang es, gleichzeitig mit der Eroberung der ganzen Welt, dem Staate eine mächtige Einnahmequelle, Tausenden lohnenden Verdienst zu verschaffen. Nicht hemmend, sondern fördernd muß deshalb eine selbstverworfene Regierung den großen Etablissemens entgegenkommen, und ist denn auch mit Befriedigung zu konstatieren, daß deren Leiter bis jetzt allen unbedingten agrarischen Wünschen, welche eine Benachtheiligung der Großindustrie zu Gunsten kleiner Etablissemens bezwecken, mit Erfolg entgegengetreten ist. „Gutes Bier zu machen, ist keine Kunst mehr“; die Fortschritte in der Technik sind so bedeutend, daß bei Verwendung aller ihrer Erzeugnisse und guten Materials und bei Innehaltung des Grundfades: „nur Hopfen und Malt“, ein befriedigendes Produkt erzielt werden muß. Dazu gehören aber große Anlagen, bedeutende Mittel, ein umfassender Kredit, und alle diese Erfordernisse können eben nur von großen Gesellschaften, beziehungsweise Besitzern, beigebracht werden.“

Das spricht ganze Bände. Nur noch die großen Mittel entscheiden, denn sie allein ermöglichen, die Fortschritte der modernen Technik genügend zu nütze zu machen, die für Jedermann gegeben sind, und bei deren Anwendung ein befriedigendes Produkt erzielt werden muß. Dieses Ruh ist aber keineswegs auf die Brauerei beschränkt, es gilt noch von einer Anzahl von Hunderten von Industrien, in denen der Konzentrationsprozeß noch nicht ganz so weit gediehen, aber auf dem besten Wege ist, zu dem gleichen Resultat zu führen, wie der in der Brauerei erreichte.

„Und doch wäre es ein verhängnisvoller Irrthum“, können wir wiederholen, „wenn die Gesetzgebung weitere Schritte zur Verbesserung eines sogenannten „Ausgleichs“ thun, wenn sie den Toesekampf der kleineren Betriebe durch Inneungsprivillegien u. v. verlängern, was werth ist, daß es zu Grunde geht, künstlich über Wasser zu halten. Nicht hemmend, sondern fördernd muß sich die dem Konzentrationsprozeß entgegenkommene — vollkommen einverstanden. Nur legen wir hinzu, wenn gutes Bier zu machen u. c. keine „Kunst“ mehr ist, dann fort mit der Künstler-Begehung, dann lasse man die Vortheile der modernen Technik dem zu Gute kommen, dem sie allein gebühren, deren großen Familie, der die Erfinder und Techniker entstammen, die diese Mittel, die Elemente zu ihrer Ausbildung geleistet, durch die allein sie das werden konnten, was sie geworden, ohne welche sie das nie hätten leisten können, was sie geleistet: Die Gesamtheit.“

— Die Mittheilung von der Ueberhebung unres Blattes nach London hat den Blättern der verschiedenen Parteirichtungen Anlaß zu allerhand Kommentaren geliefert, die zum Theil der Richtigstellung bedürfen. Wenn z. B. ein Berner Telegramm der Neuen Zürcher Telegraphen-Agentur die Lesart aufstellt, die Ueberhebung sei aus Furcht vor einer Unterdrückung durch den schweizerischen Bundesrath erfolgt, so mag das zwar für den betreffenden Korrespondenten und die Kreis, aus denen derselbe seine Informationen schöpft, glaubhaft erscheinen, entspricht aber der wieslichen Sachlage in keiner Weise. Erstens hätte dem Bundesrath zu einer solchen Maßregel jede gesetzliche Handhabung gefehlt, wäre sie aber trotzdem in Aussicht gestanden, so würde das wahrheitsgemäß das genaue Gegentheil von dem dem Beweist haben, was jetzt gesehen. Unsere Schweizer Genossen hätten darauf bestanden, daß wir diese Eventualität an uns heranbitten lassen, denn es liegt durchaus nicht im Interesse der Freiheit, daß man ihre Feinde oder ungetreuen Hüter daran hindert, sich gründlich bloßzustellen. Aber wie gesagt, von einer Unterdrückung unres Blattes konnte gar nicht die Rede sein, und die Waffen, mit denen der Kampf in Wahrheit geführt würde, sind genügend bekannt, als daß das Schweizervolk nicht wüßte, was die Blöde geschlagen.

politische Spionage in dem Lande Wilhelm Tell's eingerichtet hat, kann
...
Triumphe sind wie Niederlagen,
Wenn ihre Frucht besteht in Klagen,
Im grenzenlosen Haß der Welt.

Im wesentlichen trifft das den Nagel auf den Kopf, nur in Bezug
auf das „aufreizende“ denn je haben wir einen Vorbehalt zu machen.
Der betreffende Satz in unserm Artikel bezog sich auf den sommerschlaf
des Schweizer Bundesrats vom Februar d. J. an die vermittelnd-n
Leiter unseers Blattes, worin diese aufgefodert wurden, Aufreizungen
in Zukunft zu unterlassen. Das kann sich kein politisches Blatt, das
seine Aufgabe ernsthaft nimmt, bieten lassen. Im Uebrigen aber ist die
grundständige Haltung des „Sozialdemokrat“ einzig und allein abhängig
von den Prinzipien und der Taktik der Partei, der er dient: der deut-
schen Sozialdemokratie. Das Raß der Pressefreiheit, dessen er genießt,
hat darauf keinen Einfluß. Wer also etwa erwarten sollte, was wir bei
Läufig von der „Volkshetzung“ nicht voraussehen, daß unser Blatt auf
englischem Boden eine gewaltthätigere Sprache führen werde als bisher,
der wird sich bald überzeugen müssen, daß er sich gründlich geirrt. Wichtig
ist dagegen, daß in einem Lande, dessen höchstehende Personen die
schärfste Kritik über sich ergehen lassen müssen, wir, der Aufgabe des
Organs einer gedächten Partei gemäß, es ebenfalls an der möglichst
scharfen Kritik der Verfolger unserer Genossen nicht werden fehlen lassen,
und Freund und Feind, jeder in seiner Art, sollen sich in dieser Er-
wartung nicht in uns täuschen.

Zum Schluß mögen für heute noch die herzlichsten Worte folgen, welche
unser Bruderorgan, die „Arbeiterstimme“, uns auf den Weg gibt:
„Röge der Sozialdemokrat“, der stets treue Kameradschaft mit der
schweizerischen Arbeiterpresse hielt, in England gedeihen und blühen und
eine sichere Stätte finden, von der aus er, ohne Rücksichten nehmen zu
müssen, das infame Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem Deutsch-
lands bekämpfen und den deutschsprechenden Sozialdemokraten aller
Länder Pilot und Bahnbrecher sein kann.
In den neun Jahren seines Erscheinens in der Schweiz ist er vielen
unserer Genossen unentbehrlich geworden, seine Mitarbeiter und Leiter
sahen hier in treuem Andenken, denn sie thaten, was in ihren Kräften
stand, zur Förderung der schweizerischen Arbeiterbewegung und werden
noch lange schmerzlich entbehrt werden.
Wenn auch Wehmuth und beim Scheiden unseers treuen Mitkämpfers
erschüttert, die Gerechtigkeit, daß er im neuen Aul noch wirksamer die ver-
rotteten Zustände bekämpfen kann und wird, erfüllt und mit froher Zu-
versicht, denn je höher in Deutschland das infame System fällt, desto
bälder sagt es auch in der Schweiz.
Es lebe die Vereinigung der Proletarier aller Länder!“

— D du glückliche Unschuld. Wir lesen in einer aus Chemnitz
datierten Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“:
„Nach der letzten Fabrikarbeiterzählung hat in Sachsen die Zahl
der in Fabriken beschäftigten Kinder ganz erheblich zugenommen.
Es gab im Jahre 1886 in Sachsen 4987 Etablissements, die
jugendliche oder kindliche Arbeiter beschäftigten, 1887 war diese Zahl
bereits auf 5607 gestiegen und dieselbe hat sich im laufenden Jahr noch
vermehrte. Die Textilindustrie ist dabei vorwiegend beihellig. Allein im
Bezirk Jura wurden im vorigen Jahre in dieser Industrie allein 4450
jugendliche Arbeiter namentlich bei der Stickerie und Bignospinnerei
beschäftigt. Die Lage dieser Kinder ist eine jämmerliche. Ein trauriges
Los als das der Hühnerkinder in Stickerereien dürfte es kaum geben.“
heißt es in dem neuesten Jahresbericht der sächsischen
Gewerbe-Inspektoren. Durch gesetzliche Bestimmungen das Los dieser
Hühnerkinder zum Bessern zu wenden, dürfte unter den augenblicklich
herrschenden Verhältnissen schwer durchzuführen sein. Einen Ausweg
bietet indes die Erfindung eines hiesigen Ingenieurs, der durch eine
Vorrichtung an der Maschine, das Einschleiden nicht nur schneller, sondern
auch billiger als durch Kinderhände besorgen läßt. Bewährt sich diese
Erfindung, so wird diese Erfindung, so wird dieselbe allein in
Sachsen Tausende von Kindern von einem freud-
losen Dasein erretten.
D du glückliche Unschuld — können wir da nur wiederholen. Würden
oder werden denn die Kinder jetzt um der Arbeit wegen wegen zur
Hühnerarbeit bestimmt, oder nicht deshalb, weil die Eltern auf den Ar-
beitswerb angewiesen sind? Und deshalb werden sie, sobald sie nicht
mehr zum Fahren verwendet werden können, einer andern Industrie
zum Opfer fallen. Nur durch gesetzliche Bestimmungen läßt sich
die Lage dieser Kinder zum Bessern zu wenden, wenn durch strenge Gesetze
beseitigt wird, Kinder industriell zu beschäftigen, bzw. durch entsprechende
Schuleinrichtungen die Kinder-
ausbeutung zu einer faktischen Unmöglichkeit gemacht wird.
An den letzten Ausweg ist freilich „unter den herrschenden Verhält-
nissen nicht zu denken.“

— Dummheit und Bosheit Hand in Hand, das ist eine Er-
scheinung, die man oft beobachten kann, sowohl im privaten als im
öffentlichen Leben. Die dummsten Menschen sind gewöhnlich die kleinlich-
sten, rachsüchtigsten, gemeinsten.
Auf dem Vorstandstage der deutschen Buchbinder-
Innungen, der vor einigen Wochen in Breslau stattfand, wurde
von einer der theilnehmenden Innungen der von wahrhaft genialer
Dummheit zeugende Antrag gestellt: „Der Verbandstag wolle es für zweck-
mäßig erklären, daß die Mitglieder nach dem Beispiel der Wagner Kollegen
keine Bücher zum Umbinden annehmen, welche mit
Draht geheftet sind, ebenso wenig neue Bücher, wenn
deren einzelne Hefte mit Draht geheftet sind.“
Durch diese Taktik bildeten sich die betheiligten Handwerksmeister
ein, die Hefte in Maschinen aufgefodert werden zu können.
Und von einer andern Innung wurde beantragt: „Der Verband wolle
mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bei der Reichsregie-
rung dahin wirken suchen, daß in solchen Städten, wo von Innungen
ein Arbeitsnachweis unterhalten wird, andere Arbeitsnachweise — d. h.
solche von Verletern und Sachverständigen — nicht gestattet werden.“
Die Bosheit, die in diesem frommen Wunsch nach polizei-
licher Unterdrückung aller Arbeitsnachweise der Arbeiter zu
Tage tritt, — denn einer Erlaubnis bedürfen dieselben nach den be-
stehenden Gesetzen überhaupt nicht — bedarf keines Kommentars. Eine
solche, nichts würdigere Stellungnahme gegenüber den Ar-
beitern ist gar nicht denkbar. Der Arbeitsnachweis Monopol der
Innungsmesser, das heißt die vollständige Knechtschaft der Arbeiter, wenn
nicht zum Glück und verdienntermaßen der ganze Innungsschwindel trotz
aller künstlichen Hülfsmittel an unheilbarer Schwindsucht litte.
Und niemand wird um die giftige Betsel trauern, wenn sie ihr rühm-
loses Dasein beschließt, noch im Sterben den Genius des Fortschritts
befeindend.

— Eine recht bedenkliche Nachricht finden wir in der letzten
Nummer der Wiener „Eichzeit“. Es heißt da nämlich:
„Die Prager Polizei ist — — — konfisziert!
Was für unheilvolle Dinge doch das Hirn eines umsturzwilligen —
Bourgeois anstellen vermag. Man denke, die Polizei in höchstgenannter
Heiligkeit und Unantastbarkeit konfisziert! Da würde ja in der
Stadt des heiligen Reponat nach fünf Minuten kein Stein mehr auf
dem andern stehen.
Ober wollte der Zensor eine Anspielung machen auf gewisse konfiszierte
Gestalten?
Kleiner Schäfer.
— Eine Antwort französischer Arbeiter an die Wähler
des letzten Berliner Reichstagswahlkreises. Aus
Montluçon (Departement Allier) schreibt man dem „Cri du Peuple“:

„Delegierte aus den Gemeinden Montluçon, Commentry, Doget, Be-
zenet, Moulins, Mailcorne, Barreille, La Celle, Souvigny, Dometat,
Bich-Luffet, Hannat, Chamblet (Allier), Sainte-Florence (Haute-Loire),
Saint-Amant (Cher), Lavaugis-les-Bains (Creuse) und Neugny (Allier)
zu Montluçon als Regionalkongress versammelt, wollten nicht auseinander-
gehen, ohne den 27.000 Wählern des letzten Berliner Reichstagswahl-
kreises, die — als einen lauten Protest gegen das Bismarck'sche Reich —
den Bürger Liebschütz in den Reichstag entsendet, ihren lebhaftesten
Glückwunsch auszusprechen.“

Die Wahl des tapfern Sozialdemokraten ist nicht nur ein Sieg des
Sozialismus in Deutschland, sie zeigt, daß die deutschen Arbeiter, indem
sie eine, auf Blut und Eisen errichtete Regierung ablehnen, ihr Heil nur
in einem Hand-in-Hand Gehen mit dem Proletariat aller Länder erblicken.
Friede unter den Völkern, Krieg aber, und Krieg auf Leben und Tod,
der Ausgebühtesten allerorten gegen den Kapitalismus, der sie verschlingt,
das ist die hohe Bedeutung des von den Berliner Arbeitern gefällten
Verdicts, auf das ihnen die französischen Sozialisten mit dem Ruf ant-
worten:

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!
Es lebe die Internationale der Arbeiter!“

— Wenn Zwei das Gleiche thun, so ist es nicht das Gleiche.
Das gilt in der Monarchie wie in der bürgerlichen Republik. In Preußen
läßt man Arbeiterverbände als politisch auf, weil sie zu Fragen der
Arbeiterkategorie Stellung genommen und läßt alle mög-
lichen rein politischen Bourgeoisvereine in Verbindung mit einander
leben, ohne auch nur die Hand zu rühren. Im Staate New-York macht
man „Veränderungsversuche“ gegen Arbeiterkategorien, und gegen Bour-
geoisvereine? „Wholesale Grocers (Großhändler in Speisewaren)
von New-York und Umgegend.“ lesen wir im Chicagoer „Vorboten“,
haben eine Affiliation zur Regulierung der Verkaufspreise gebildet.
Wer unter dem Affiliationspreise verkauft, wird bestraft oder ausge-
stoßen, beziehentlich boycottet; die Affiliation hat bereits an den
Juden-Traub des Landes geknüpft, keinem Händler, der den Affiliations-
Preis herabsetzt, Zucker zu liefern.
Dieser Boycott ist nicht strafbar. Wenn aber eine Arbeiterorganisa-
tion denjenigen Arbeiter bedroht, der seine Waare (Arbeitskraft) unter
dem Affiliationspreise (unter dem Gewerkschaftspreis) verkauft, und
einen Fabrikanten erzwangt, besagten Arbeiter nicht zu engagiren, dann ist
im Staate New-York jene Arbeiterorganisation wegen „Verschwö-
rung“ strafbar. Unter den Firmen, welche zur „Wholesale Grocer
Affiliation“ gehören, befinden sich die Millionäre Thumber, Poland &
Co. und die große deutsche Firma König & Schuler. Wessen er-
warte die Affiliation gegründet und heute schon beschloß sie, den
„Stahl“ den Waarenbezug vom Juden-Traub abzuschneiden. So schnell
hat noch nie ein Streikomitee operirt.“

An rücksichtslosem Vorgehen können die Arbeiter überhaupt noch viel
von den Kapitalisten lernen.
— Die alte Geschichte. Der britische Konsul in Kuba, lesen
wir in der „Frankfurter Zeitung“, „macht in seinem amtlichen Bericht
darauf aufmerksam, daß sich seit der Emanzipation der
Sklaven die Zuckerproduktion von Kuba nicht, wie in
dem britischen Westindien, verringert habe. Zwei Ernten sind
jetzt schon von „Freien“ bestellt und eingeharnt worden. In der That,
trotz Emanzipation ohne Entschädigung, übermäßig hohen Steuern, aus-
wärtiger Konkurrenz und dem Fallen der Preise habe sich die
Produktion nicht vermindert. Die Erzeugung der letzten
beiden Jahre habe bewiesen, daß auf Kuba weiße Arbeiter erfolgreich
mit Schwarzen konkurriren können und die Spanier sich sehr leicht an
die Feldarbeit gewöhnen. Erhalte ein Weiser einerseits hohen
Lohn, so schaffe er andererseits so viel als zwei Sklaven oder
freie Regier.“

Diese Erfahrung hat sich befallentlich überall wiederholt, trotzdem hat
es stets erbitterte Kämpfe und lange Agitationen erfordert, bis in
irgend einem Lande, wo die Sklaverei eingewurzelt war, mit derselben
aufgeräumt wurde. Die Sklavensklaverei meinen, die Welt müsse
untergehen, wenn sie nicht mehr die Herren über Leib und Leben der
arbeitenden Klasse seien. Die Welt ging aber nicht unter, im Gegen-
theil, in den meisten Fällen nahm der gesellschaftliche Reichtum noch
schneller zu als unter der Sklaverei. Freilich, die befreiten Sklaven
hatten keinen Vortheil davon, die „Freiheit der Arbeit“ — die Hunger-
freiheit — sorgte dafür, daß sie materiell nicht besser, sondern sehr
schlechter daran sind als zuvor.
Auch die Beseitigung der Lohnsklaverei können sich viele nicht denken,
ohne daß die Welt zu Grunde geht. Aber sie wird verwirklicht werden,
und die Welt wird nicht zu Grunde gehen, sondern ein schöneres Bild
aufweisen als je zuvor. Der gesellschaftliche Reichtum wird zunehmen,
und mit ihm zugleich der Wohlstand aller.

— Folgende **beredigte Warnung** entnehmen wir unserm Bruder-
organ, dem in Buenos-Ayres erscheinenden „Vorwärts“: „In deutschen
und schweizerischen Arbeiterblättern finden wir folgende Notiz aus Ar-
gentinien:
„Einen neuen Beweis für die Schnelligkeit des Wachstums amerika-
nischer Städte liefert die Stadt Coribaldi bei Buenos-Ayres (Argentinien),
welche in wenigen Wochen bezogen worden wird und bis dahin voll-
kommen fertig sein muß. 4000 Einwohner der umliegenden Orte, durch-
wegs italienische Auswanderer, werden die Stadt bewohnen, welche 800
Häuser zählen wird, darunter ein monumentales Rathaus mit Post,
Telegraphen- und Telephonleitung, ein Gerichtssaal und eine große
Bibliothek. Die neue Stadt hat eine vollkommene Kanalisation, Hotels,
Kaffeehäuser, Tramway, Spaziergänge, Musiklokale, ein Theater, eine
große Kirche der M. Noia (Name der Mutter Coribaldis). Am Tage der
Einweihung wird die erste Nummer eines demokratischen Blattes „El
Coribaldino“ herausgegeben.“
Wo unsere wackern Kollegen diesen „Wären“ aufgesessen haben, wissen
wir nicht, wie hier in Buenos-Ayres auch bis heute niemand weiß, wo
diese große Stadt Coribaldi mit ihren Hotels, ihren Bibliotheken und
Theatern existirt. Vielleicht im Gehirn eines Landspekulanten,
auf den Papieren eines beschäftigungslosen Landwirths und in den
Schwandelartikeln der Einwanderungsagenten. Wir machen die
europäische Arbeiterpresse überhaupt darauf aufmerksam, in dieser Be-
ziehung besser zu achten, was sie über Argentinien bringen.“

— **Rumänen.** Mit Bezug auf den **Eisenbahnarbeiter-Streit**,
über den wir bereits in Nr. 27 berichteten, geht der Wiener „Eichzeit“
folgende interessante Korrespondenz zu:
„Jassy, 12. September. Die Lage ist sowohl in Bukarest als in
Galatz eine äußerst schwierige. Die Regierung hat sich entschlossen, äußerst
energisch vorzugehen. Die rumänischen Arbeiter werden be-
harrlich und mit schweren Strafen bedroht. Gegen
die Fremden wird durch den liberalen gemachte Fremden-
Gesetz in Anwendung gebracht, das heißt sie werden ausgewiesen und
ihnen nur 24 Stunden Zeit zum Verlassen des Landes gelassen. Auf
Grund dieses Gesetzes hat man sogar einen Rumänen, den Genossen
Jonesku, der auch Kischer genannt wird und von einem Deutschen auf-
erzogen wurde, ausgewiesen, weil man ihn für einen Führer der Strei-
kenden hält. Man sieht hieraus, wozu das „liberale“ Gesetz gegen die
Fremden gut ist, da es gegen Jonesku, dessen rumänische Staatsange-
hörigkeit nicht bezweifelt werden kann, angewandt wurde.“

In Bukarest und Galatz wird auf die Solidaritätsbewe-
gung und Unterstützung der Wiener Genossen und auf das
prächtige Verhalten der übrigen fremden Arbeiter, welche sich gewie-
rig haben, nach Rumänien trotz der versprochenen goldenen Berge zu kommen,
große Stücke gehalten, dies hat bewirkt, daß der Gedanke der inter-
nationalen Solidarität stark Wurzel gefaßt hat unter den rumänischen
Arbeitern. Das Verhalten der fremden Arbeiter in Bukarest
verdient, dies kann ohne jede Ueberschätzung behauptet werden, die grös-
ten Lobspüche. Ein deutscher Sozialist hat in einer von mehr als
1000 Arbeitern besuchten Versammlung die Erklärung abgegeben, daß die
deutschen Arbeiter nicht früher die Arbeit aufnehmen werden als die
rumänischen; dies ist freilich bedeutungslos, da 200 Deutsche und
650 Rumänen sich in Bukarest im Auslande befinden.
Der deutsche Genosse erklärte ferner, daß sie auch die Auswei-
sung nicht fürchten; sie, die Arbeiter aus den Eisenbahnwer-
stätten, können mit ihrem Handwerkszeuge sich überall ihre Drob ver-
dienen, dies gelte aber nicht für den Direktor Dula. Dieser Mann hat

sich nämlich trotz seines großen Wohlstandes in Bukarest die
Liebhaberei gegen das frühere Ministerium die hohe und reichlich be-
zahlte Stellung, der er absolut nicht gewachsen ist, erworben. Der
Rebe des deutschen Genossen folgte leidenschaftlicher und anhaltender Beifall.
Eine spontan vorgenommene Sammlung für den Fall, daß den mutigen
Wortführer die Ausweisung treffen sollte, ergab 250 Franken (über
120 fl.).

Wir hoffen, daß die Arbeiter in diesem großen Lohnkampfe den Sieg
davontragen werden.“
Weiter meldet derselbe Korrespondent:
„Wir haben auch in Konya und Podosent, zwei Gemeinden des Di-
striktes Faltshiu in der Moldau, den Sieg bei den Gemeindevor-
wahlen wählen davongetragen. Dies ist der dritte Sieg in
einem und demselben Bezirk. Von weiteren Erfolgen werden wir bald
berichten können.“

Tagruf.

Newyork. (Ber späte l.) Ende März starb hier der aus Berlin
und Hamburg ausgewiesene Genosse Schneider August Benzin,
eines der tüchtigsten Mitglieder unserer Partei, in seinem 34. Lebens-
jahre an der Schwindsucht, seiner grauen Berufskrankheit der Schneider
und scheinlicher Gewerke, bei denen der Arbeiter still sitzen, seine Brust
zusammenbrücken und massenhaft schlecht Luft, Staub u. einathmen
muß. August Benzin war aus Mecklenburg-Strelitz gebürtig. Er be-
theiligte sich schon als junger Mann an der Arbeiterbewegung in Berlin
und später in Hamburg. Ein Opfer der polizeilichen Verfolgungswuth,
wurde er unter den barbarischen Bestimmungen des Bismarck'schen
Sozialistengesetzes aus jenen beiden Städten ausgewiesen, worauf er
sich in Chemnitz niederließ. Dort gelang es ihm, ein Geschäft zu be-
gründen; aber auch da blieben die Verfolgungen nicht aus, bis er den
Kain auf's Neue vor Augen sah, und so machte er sich denn auf den
Weg nach den Gefahren unserer schönen „freien“ Republik. Vor un-
gefähr 2 1/2 Jahren traf er hier mit seiner Familie ein. Er arbeitete
ein Zeitlang in seinem Gewerbe, bis ihn die verreckende Krankheit auf
das Lager warf, von dem er nicht wieder aufstehen sollte. An seiner
Beeidigung nahmen zahlreiche Genossen theil und am Sarge, der von
der sozialistischen Arbeiterpartei mit Kranz und rother Schleife ge-
schmückt war, nahm Genosse Berende ihm die letzten Abschiedsworte
der Partei, die einen ihrer besten und opferwilligsten Anhänger in ihm
verloren.
Ghra seinem Andenken!

Briefkasten

der Expedition: So-Au. Bröl: Fr. 5 50 (M. 4 40) Ab. 4. Du. erth. —
Gff. Bl.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erth. — Rheinland 100: M. 4 40
Ab. 4. Du. erth. Ab. 4. Du. erth. — L. u. M.: M. 1 88 —
4 Cto. Ab. 2. u. M. 4 40 d. Ab. 4. Du. erth. M. 1 88 —
Kotzer Weidau: M. 22 — 5 Ab. 4. Du. erth. M. 694 — 4 Cto. Ab.
2. u. M. 19 28 Portoweg, gutgeh. M. 1 88. notirt. Denkschrift-Material
sofort einzuladen, sonst zu spät. — Karl Schwarz: Auffklärung erth.
M. 1 88. u. Ab. notirt. Warum aber „Mildwirths, Don Rodrigo“? Kob-
sirtes erw. — H. St. Bl.: M. 1 88. notirt. — J. B. in Bl.: M. 4 40
Ab. 4. Du. u. M. 10 60 pr. Uds. d. Ab. erth. — Gff. Bl.: M. 4 40
Ab. 4. Du. erth. — H. 3: M. 21 — 4 Cto. Ab. 2. erth. M. 1 88
notirt. — Arabi Pascha: Ab. notirt. Nichts unterwegs. — Gerbrud.
Ab. geandert. M. 1 88. notirt. Kellam. unterwegs. — G. Sch. D. B. M. 1 88.
Fr. 2 — Ab. 4. Du. erth. — G. B. R. C.: Fr. 5 45 (M. 4 40) Ab.
4. Du. erth. — Dn. G. u. Gen.: 3 Sp. 4 d. (M. 3 32) f. verfr.
B. Leagr. pr. Uds. d. Ab. erth. — J. B. Frdg.: Ab. notirt. Fr. 5 50
(M. 4 40) Ab. 4. Du. erth. Bl. mehr. — D. R. C.: M. 4 40 Ab.
4. Du. erth. — Le Soudeur, Paris: Ab. notirt. Angemeldet noch nicht
eingetroffen. — J. R. G.: Fr. 6 — (Sp. 3 —) Ab. 4. Du. erth. 60
Cts. auf 1. Du. 88 gutgeh. — B. Brill.: Ab. geordnet. — Feinrich:
Ab. geordnet. Fehlendes unterwegs. — D. Sch. Ber. M. 1 88. Fr. 2 —
Ab. 4. Du. erth. — Hergenthurm: M. 1 88. notirt. Alles beachtet. — M. u.
Kraft: Ab. geordnet. M. 1 88. u. Gen. nicht folgt. — Fr. A. B.
C. u. G.: M. 3 65 Ab. 4. Du. u. Sch. erth. Ab. notirt. Beil. abgeh.
R. M. 1 88. Ab. 4. Du. u. Sch. erth. — Das rote Häuflein: M. 1 88. Bl.
mehr. — König, Newyork: Werden erachtet. — H. Sch. Kopen-
hagen: M. 1 88. notirt. Koch lange nicht fertig. — „h.“: M. 50 — 4 Cto.
Ab. 2. erth. Bl. mehr. — Clara: M. 1 88. notirt. Bl. mehr. — Petri:
„Saumäßig“ Glück! Nun kommen hoffentlich auch wir zu unse-
ren Glück! — Hergenthurm: Alles notirt. Bl. mehr. — Nothe Schwere-
bände: M. 1 88. notirt. Koifirts erw. — K. b. Heuschner: Ab. geordnet.
— J. B. M.: M. 3 — 4 Ab. 4. Du. erth. — H. B. Berlin: 20 Pf. für
unfranckirten Bl. erth. Straporto beträgt aber 50 Cts. — 40 Pf. —
J. R. O'Br.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erth. — H. O'Br.: Fr. 4 —
2 Ab. 4. Du. erth. — H. B. Berlin: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erth. — G. B.
Berg: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erth. — G. B. B. Fr. 2 — Ab. 4. Du.
erth. — G. B. M.: M. 2 — 2 Ab. 4. Du. u. Photogr. erth.
M. 1 88. folgt. — M. B. Berlin: M. 1 88. folgt. — Dante: Ab.
geordnet. Gewünschtes jetzt wohl erth.? — Nachtrag: Ab. genügt auch
dafür. Hoffen auf Ihr Versprechen. — Albatros: M. 4 40 Ab. 4. Du.
erth. — Dr. H. B.: Bl. erth. Antw. Bl. — Clausius: Ab. geordnet.
Versprochenes erw. — Tigr. Soloth.: 60 Cts. f. Sch. erth. — Hann-
bel: M. 50 — 4 Cto. Ab. 2. erth. Diese Art. Ordnung zu schaffen, ist
Bewandtschaft mit Dr. Eisenbars Methode. Bl. mehr. — Seibemur:
Bl. erth. Weiteres Bl. — Lionel: Ab. geordnet u. geordnet. Bl. mehr.
— Feilz III: Bl. erth. Weiteres Bl. — Schlachoff: Ab. geordnet. Bl.
mehr. Zimmerkongress-Protokoll nicht eingeg. — K. Ude, Buenos-
Ayres: Bl. mit Wechsel erth. Wird besorgt. — Bl. St. Appl.: M. 3 65
Ab. 4. Du. u. Sch. erth. —

Für die Denkschrift eingegangen: Einfendungen aus Erfurt
Erimischau.

Anzeigen.

Aufforderung.

Paul Hanke, Steinbruder, aus Breslau wird dringend gebeten
seine Adresse an die Expedition des „Sozialdemokrat“ zu senden.
(1. —) W. 8.

Zu neuer Auflage ist soeben wieder erschienen und durch Unterzeichnung
sowie die Filiale der „Arbeiterstimme“ in Zürich, Malergasse 2,
zu beziehen:

Rathschläge für die sozialistische Agitation
Preis: = 30 Cts. = 25 Pf.
Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen
Expedition des Sozialdemokraten.

Durch die Filiale der „Arbeiterstimme“ in Zürich ist auch
zu beziehen:

St. Galler Kalender.

Herausgegeben von Th. Wirth.
Preis: 40 Cts. = 35 Pf.
Dieser in Text wie Illustration vorzüglich ausgestattete Kalender enthält
auß. u. a. auch die Porträts unserer vier ausgewiesenen Genossen.
Filiale der „Arbeiterstimme“,
Malergasse 2, Zürich.

Schweiz. Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung von Z. G. 20447-